

Reform der staatlichen Verwaltungen

Eine gut organisierte Verwaltung ist ein Muss für jeden funktionsfähigen Staat. In unserem Staat ist sie dezentral und dreigliedrig aufgebaut. Es gibt Bundesverwaltung, Landesverwaltung und kommunale Verwaltung ab Kreisebene, die dann wieder in kleinere kommunale Einheiten bis zur dörflichen Kleinstruktur reicht. Diese dreigliedrige Verwaltung ist in unseren Augen nicht verkehrt und hat im unteren Bereich eine erwünschte Bürgernähe. Allerdings gibt es, angefangen von Bundesverwaltung bis zur kleinsten Einheit zu viele Überschneidungen, zu viel Doppelbearbeitung. Unsere Vorgabe zu diesem Thema ist klar: Wir wollen die Verwaltungsarbeit im Land um ca. 20 % reduzieren. Das wird ein langwieriger Prozess, weil dabei Entlassungen vermieden werden sollen und die Vereinfachung der Verwaltungsvorschriften eine Syssiphusarbeit wird, die Überarbeitung der gesamten Gesetze und Verordnungen erfordert.

Die Hauptprobleme unserer Verwaltung sehen wir in folgenden Punkten (Kurzfassung):

1. Zu komplizierte, unklare Vorgaben für die Verwaltung
2. Zu viele unnötige, verzichtbare Arbeiten in der Verwaltung
3. Zu viele Überschneidungen in den Arbeitsaufgaben, zuviel Doppelbearbeitung
4. Zu wenig klare Aufgabentrennung und Verantwortung von Fehlentwicklungen
5. Bei kleineren Einheiten zu wenig Zusammenarbeit mit Nachbarkommunen, um Kosten zu sparen.

Einen Punkt möchten wir vorweg nehmen: Im Rahmen der von der großen Koalition beschlossenen grundgesetzlich verankerten Schuldenbremse wird es unumgänglich, die Aufgaben der einzelnen Verwaltungen neu zu regeln. Da jeder Haushalt eigenverantwortlich ausgeglichen werden muss, ist es dann nicht mehr möglich, gleiche Aufgaben über verschiedene Haushalte abzuwickeln und zu finanzieren. Die Aufgaben müssen also klar zugeteilt werden. Weder Bund noch die Länder werden die Möglichkeit haben, Beschlüsse mit erheblicher Kostenauswirkung auf untergeordnete Behörden durchzusetzen, ohne diese Kosten selbst zu übernehmen. Bereits dadurch fällt ein Teil der Doppelbearbeitung weg und es entstehen Einsparungen im Personalbereich.

Der schwierigste Punkt: „Zu komplizierte Vorgaben für die Verwaltung“ – muss mit folgender Prämissen angegangen werden: Frei nach Martin Luther: Übersetzen aller Gesetze und Verordnungen in eine allgemein verständliche deutsche Sprache. - Oder anders ausgedrückt: Die Texte müssen so gefasst werden, das der Durchschnittsbürger ohne Verwaltungsbildung nach 10 Minuten und nicht erst in 2 Stunden Sinn und Zweck einer Verordnung, eines Gesetzes erfasst.

Eine detailliertere Vorstellung der notwendigen Verwaltungsreformen werden wir noch erarbeiten.

An dieser Stelle möchten wir ein kurzes Statement zu der vorgesehenen Auflösung kleinerer Verbandsgemeinden in Rheinland-Pfalz abgeben, die ja als großes Reformvorhaben seit längerer Zeit ganze Zeitungs-Seiten füllt.

Die Verwaltungsprobleme in unserem Land sehen wir nicht unbedingt in den Standorten, in der Größe einer Verwaltung. Zu unserer selbstverständlichen demokratischen Grundeinstellung gehört es, dass der betroffene Bürger entscheidet, ob eine Gemeinde, eine Verbandsgemeinde, ein Kreis, aufgelöst oder verändert wird. Bei Verlagerungen von Verwaltungen wird zunächst einmal der Arbeitsaufwand nicht reduziert, es findet lediglich eine Arbeitsplatzverlegung statt. Dabei gibt es zwar Einsparungen durch Synergieeffekte, die aber bei einer genauen Kosten / Nutzen-Rechnung erst in 5 – 10 Jahren zum Tragen kommen.

Wir finden es empörend, das für solche Parteivorhaben Steuergelder als Anreiz zu freiwilligen Auflösungen – als Schmiergelder – eingesetzt werden, die dazu nicht vorhanden sind und als Neuverschuldung betrachtet werden müssen. Es sollte langsam auch nach Mainz durchdringen, das nur Solidarität die Schuldenprobleme unseres Landes löst.

Unser Ziel ist nicht die weitere Konzentrierung von Verwaltungen auf Oberzentren. Wir wollen staatliche Arbeitsplätze in der Fläche erhalten, um die Provinz nicht weiter auszubluten. Wir wollen die Dörfer nicht weiter entvölkern. Wir sind der Ansicht, das sich die Kosten kleinerer Verwaltungen denen größerer annähern lassen, wenn man folgende Prämissen beachtet: Mitarbeiter kleinerer Verwaltungen müssen so eingearbeitet werden, das sie an mehreren Brennpunkten einsetzbar sind. Komplizierte Sachverhalte, für die keine Fachkraft zur Verfügung steht, sollten von anderen Verwaltungen gegen Honorar erledigt werden, wie das auch in der freien Wirtschaft gehandhabt wird. Es sollte selbstverständlich sein, das man gerade in Zeiten von Internet mit anderen Kommunen enger zusammen arbeitet, z. B., im Bereich von einheitlichen Computerprogrammen, im Verwaltungsbereich, um Verwaltungs- und Materialeinsparungen zu erzielen.

Die Gefahr bei kleineren Einheiten besteht allerdings darin, das man Verwaltungen aufbauscht, das man sich Aufgaben aufbürdet, ohne auf die entstehende Kosten zu achten. Hier werden wir den Verantwortlichen auf die Füße steigen und eine effektive, kostengünstige Verwaltung anfordern.